

Abstimmung vom 23.9.1984

# Achtungserfolg für die Umweltlobby: 45,8% wollen eine neue Energie- politik

**Abgelehnt: Volksinitiative «für eine sichere, spar-  
same und umweltgerechte Energieversorgung»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Achtungserfolg für die Umweltlobby: 45,8% wollen eine neue Energiepolitik. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 420–421.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swisvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swisvotes.ch](http://www.swisvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Nur knapp drei Jahre, nachdem das Stimmvolk die erste «Atom-Initiative» (vgl. Vorlage 296) abgelehnt hat, reichen im Dezember 1981 rund 50 Umweltschutz- und Atomkraftgegner-Organisationen unter der Federführung der Schweizerischen Energiestiftung die Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» ein. Gleichzeitig wird die Zwillingsinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» vorgelegt (vgl. Vorlage 321). Während das zweite Begehren eine Abkehr von der bisherigen Energiepolitik verlangt, weist das erste den Weg zu einer möglichen Neuordnung. Konkret fordert die Initiative einen Energieartikel in der Bundesverfassung, der unter anderem Energieeinsparungen, eine Neuverteilung der Forschungsmittel und die Erhebung einer zweckgebundenen Energiesteuer fordert.

Parallel zur Lancierung der beiden Volksinitiativen lässt der Bundesrat seinerseits einen Energieartikel ausarbeiten, welcher aus Rücksicht auf die Finanzpolitik auf die Einführung einer Energiesteuer verzichtet (vgl. Vorlage 313). Der Entwurf der Landesregierung stösst auf Kritik: Während massgebliche Wirtschaftsverbände durch die Schaffung neuer Bundeskompetenzen Markteingriffe befürchten, kritisieren Umweltschutzorganisationen und die Linksparteien den Verzicht auf die Erhebung einer verbrauchslenkenden Energiesteuer. In der parlamentarischen Beratung werden die Verschärfungswünsche der Linken ausnahmslos zurückgewiesen. Die SP und die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) beschliessen als Konsequenz die Unterstützung der Volksinitiative. Diese wird – wie auch die Atom-Initiative – von Bundesrat und Parlament zur Ablehnung empfohlen. Die Initiative kommt erst nach der Ablehnung des Energieartikels durch Volk und Stände zur Abstimmung.

## GEGENSTAND

Die Initiative fordert einen Verfassungsartikel mit folgenden inhaltlichen Zielen: Energieeinsparungen, Dezentralisierung der Versorgung, Neuverteilung der Forschungsmittel, Verbot verkaufsfördernder Energietarife, Begrenzung der Abgabe von Elektrizität für die Wärmeerzeugung und Klimaanlage sowie die Erhebung einer zweckgebundenen Energiesteuer. Die Ausführungsgesetzgebung muss innert drei Jahren in Kraft gesetzt werden. Bis dahin dürfen keine grösseren Kraftwerke bewilligt werden.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die bürgerlichen Parteien (FDP, SVP, CVP, LPS und Rep) sprechen sich im Vorfeld der Abstimmung praktisch einstimmig gegen die Volksinitiative aus. Sie bezeichnen die Vorlage als dirigistisch und bemängeln ihren zentralistischen Charakter und die vorgesehene Energiesteuer. Wie schon bei der Atom-Initiative von 1979 gibt das Engagement der sich in öffentlichem Besitz befindlichen Elektrizitätsgesellschaften Anlass zur Kritik (vgl. Vorlage 296). Unterstützt wird die Initiative von SP, LdU, EVP, PdA, PSA, POCH, GPS und NA. Diese Gruppierungen werben mit den allgemeinen Zielsetzungen der Initiative – Lebensqualität, Sicherheit, Erhaltung der Lebensgrundlagen – für ein Ja.

## ERGEBNIS

Bei einer Beteiligung von 41,6% werden sowohl die Energie- als auch die Atom-Initiative (vgl. Vorlage 321) mit 54,2% bzw. 55% Neinstimmen relativ knapp abgelehnt. Wie die Nachbefragung zeigt, bemängelten die Neinstimmenden etwa die Radikalität der Vorlage oder die geplante Energiesteuer. Die Befürwortenden verband hingegen eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der bisherigen Energiepolitik. Entscheidend waren auch die parteipolitischen Konfliktlinien: Sympathisanten der Bürgerlichen stimmten mehrheitlich gegen die Vorlage, Linke deutlich dafür. Das Drittel der parteipolitisch ungebundenen Bürgerinnen und Bürger sprach sich knapp gegen die Initiative aus. Im Vergleich zur ersten Atom-Initiative von 1979 (vgl. Vorlage 296) zeigte sich eine zunehmende Polarisierung entlang der Parteilinien. Die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen sind zwar kleiner geworden, dennoch verzeichnete die französische Schweiz eine klar höhere Zustimmung zur Energieinitiative als die Deutschschweiz. Ausnahme sind die beiden Basel, welche mit 71,1% in Basel-Stadt respektive 62,1% in Baselland schweizweit die höchsten Ja-stimmenanteile erreichten. Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, ist die Unterstützung für Stromsparmassnahmen seit 1979 deutlich gestiegen.

## QUELLEN

BBI 1983 II 1414; BBI 1984 I 1367. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1980 bis 1984: Energie – Energiepolitik. Vox Nr. 23.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).